



NATIONALRATSABGEORDNETER

HERMANN GAHR



Weiental 37 | 6123 Terfens

0664 / 454 08 30

hermann.gahr@parlament.gv.at | www.gahr.at

GREIFBAR | ERREICHBAR | EINSETZBAR

Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 51 | 19. September 2012

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Wehrpflicht oder Berufsheer?

Am 20. Jänner 2013 wird das Volk in einer Befragung über die Zukunft des österreichischen Bundesheeres entscheiden. Das Ergebnis der Volksbefragung wird für die Politik verbindlich sein. Unsere Position ist klar, wir stehen für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht sowie des Katastrophenschutzes und damit des Zivildienstes. Ohne Grundwehrdiener wären viele Einsätze abseits rein militärischer Schauplätze nicht möglich und ein Berufsheer könnte quantitativ diese Stärke nicht erreichen. Ohne Zivildienere wäre – das bestätigen derzeit alle im Gesundheits- und Sozialbereich tätigen Organisationen – der hohe Standard nicht aufrechtzuerhalten. Dieses bewährte und gut funktionierende System wollen wir nicht aufs Spiel setzen, zumal die SPÖ kein adäquates Konzept vorlegen kann, welches das gegenwärtige System ersetzen könnte.

Den Vorschlag des Verteidigungsministers für ein Berufsheer erachten nicht nur wir, sondern auch hochrangige Militärs für wenig durchdacht und auch zu riskant. Ein Profiheer wäre für den Normalbetrieb wohl immer zu groß und zu teuer, für den Einsatz etwa in Zeiten von Naturkatastrophen wiederum zu klein. Den Vorschlag nach einem freiwilligen (bezahlten) Sozialjahr, wie vom Sozialminister angedacht, lehnen wir ebenso ab, da damit das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung konterkariert wird und die Zivilgesellschaft auf dem Spiel steht.

Im Anhang darf ich Euch auf eine Initiative hinweisen, welche für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes wirbt, und gleichzeitig bitten, dieses Programm zu unterstützen.

Untersuchungsausschuss - Aufklärung oder Polit-Show?

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen wird fortgesetzt. Bis Mitte Oktober werden in insgesamt acht Sitzungen die restlichen drei Themen aufgearbeitet werden. Von der Bundesregierung werden Staatssekretär Ostermayer und Bundesminister Berlakovich als Zeugen geladen.

Der buchstäblich in letzter Minute einstimmig gefasste Beschluss über die Weiterführung des Ausschusses ist im Grunde nichts anderes als eine bereits vor dem Sommer im Vierparteienkonsens beziehungsweise Dreiparteienkonsens abgestimmte Tagungsbeziehungsweise Ladungsliste. Somit hat die Opposition doch noch den Weg der Vernunft und der seriösen Aufklärung gewählt. Der Schaden für den Parlamentarismus konnte abgewendet werden und es bleibt zu hoffen, dass die nächsten Sitzungstage zur wirklichen Aufklärung genutzt werden und nicht von einigen Ausschussmitgliedern eine Polit-Show abgehalten wird.

Es grüßt Euch aus Wien